

## Die EVG kann mehr Druck ausüben

Ein Leser äußert seine Meinung zu Tarifkonflikten.

Im GA vom 24. Juni war im Wirtschaftsteil Interessantes zu lesen. Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) hat sich mit dem Bundesverband der deutschen Süßwarenindustrie (BDSI) geeinigt: unter anderem auf ein Plus für die unteren Tarifgruppen von 350 Euro im Monat. Wohingegen die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) die Verhandlungen wieder abgebrochen hat. Meine Oma hätte gesagt, das sind die mit dem Hals leiden – weil sie selbigen nicht voll kriegen. Natürlich ist auch Eitelkeit im Spiel. Die EVG-Verhandlungsführer wollen unbedingt besser sein als die GDL. Wer mit derart hohen Forderungen in die Verhandlung geht, muss sich nicht wundern, wenn es nicht klappt. Das Tolle ist, dass man Tausende Bahnfahrer in Geiselschaft nehmen kann. Das kann die NGG nicht. Es ist traurig für Menschen, die als Pendler auf einen Transport mit der DB angewiesen sind, oder auch bewusst aus Klimagründen mit der Bahn reisen wollen.

Manfred Wollweber, Wachtberg



In der Süßwarenindustrie gab es eine Tarifeinigung. FOTO: DPA

## LESERBRIEFE

Leserbriefe sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich vor, Briefe abzulehnen oder zu kürzen. Je kürzer ein Brief ist, desto größer ist die Chance auf Veröffentlichung. Bitte geben Sie an, auf welchen Artikel Sie sich beziehen, sowie an welchem Tag und in welchem Ressort dieser Artikel erschienen ist. Zuschriften immer ohne Datei-Anhänge, aber mit vollständigem Namen, Telefonnummer und Wohnort senden Sie bitte per E-Mail an: [dialog@ga.de](mailto:dialog@ga.de).

## IMPRESSUM

General-Anzeiger  
Unabhängige Tageszeitung für die Bundesstadt Bonn, den Rhein-Sieg-Kreis, den Kreis Ahrweiler und den nördlichen Kreis Neuwied. Bonner Stadtanzeiger, Bad Godesberger Nachrichten, Beueler Nachrichten, Rhein-Sieg-Zeitung, Ahr-Eifel Nachrichten, Rhein-Ahr-Zeitung, Honnefer Volkszeitung.

Verleger und Herausgeber  
General-Anzeiger Bonn GmbH

Chefredaktion: Dr. Helge Matthiesen – Politik, Sylvia Binner – Head of Editorial Development, Marcel Wolber – Head of Digital Development; Leitung Newsdesk: Florian Ludwig; Newsmanagement: Anna Maria Beekes, Nils Rüdell; Wirtschaft: Claudia Mahnke; Feuilleton: Thomas Klemann; Bonn: Andreas Baumann; Region: Jörg Manhold; Boulevard/Journal: Kai Pfundt; Dialog/Leserbriefe: Christiane Ruob; Korrespondenten-Büro Berlin: Holger Möhle

Auslands-Korrespondenten: Brüssel: Gregor Mayntz; Paris: Christine Longin; London: Susanne Ebner; Genf: Jan Dirk Herbermann; Moskau: Stefan Scholl; Rom: Julius Müller-Meiningen; Madrid: Ralph Schulze; Washington: Thomas Spang; Nahost: Thomas Seibert; Istanbul: Susanne Güsten; Warschau: Ulrich Krökel; Kairo: Karim El-Gawhary; Peking: Fabian Kretschmer

Verlag: General-Anzeiger Bonn GmbH, 53121 Bonn, Justus-von-Liebig-Straße 15; Geschäftsführung: Kersten Köhler; Werbemarkt: Manuel Boddart (verantwortl. Anzeigen); Marketing + Lesermarkt: Björn Knippen

Erscheinungsweise sechsmal wöchentlich; freitags mit der TV-Beilage PRISMA. Bezugspreis monatlich 52,70 Euro einschließlich 7 % MwSt. Angeschlossen der Anzeigen-Cooperation Nordrhein (ACN) und der IWW. Anzeigenpreisliste Nummer 63 vom 1. Januar 2023. Bei Nichterscheinen der Zeitung oder Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages, im Fall höherer Gewalt oder bei Störungen des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung. Erfüllungsort und Gerichtsstand für Mahnverfahren ist Bonn.

Internet: [www.ga.de](http://www.ga.de)  
E-Mail: [verlag@ga.de](mailto:verlag@ga.de)  
[vertrieb@ga.de](mailto:vertrieb@ga.de)  
[redaktion@ga.de](mailto:redaktion@ga.de)  
[anzeigen@ga.de](mailto:anzeigen@ga.de)  
Telefon: 0228 66 88-0

Unsere Datenschutzinformationen finden Sie unter [www.ga.de/datenschutz](http://www.ga.de/datenschutz).

„Text- und Data-Mining“: General-Anzeiger Bonn GmbH behält sich eine Nutzung ihrer Inhalte für kommerzielles Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor. Für den Erwerb einer entsprechenden Nutzungslizenz wenden Sie sich bitte an [ga@ga.de](mailto:ga@ga.de).

Verlagsgründung: 1725

# Existenzielle Probleme wurden ignoriert

Reaktionen zu den Kommentaren von Helge Matthiesen „Näher an das Volk“ vom 27. Juni über die Wahl des ersten AfD-Landrates in Thüringen und „Herausforderung“ vom 23. Juni zum Aufstieg der AfD in Umfragen.

Viele Faktoren, Entwicklungen und Erfahrungen haben zum Vertrauensverlust in politische Entscheidungsträger beigetragen: Es erfolgten Ankündigungen und Entscheidungen von großer Tragweite, ohne dass sie in den Augen der Öffentlichkeit gut gemanagt wurden. Angela Merkel etwa läutete nach Fukushima mit großem Tamtam die Energiewende ein. Passiert ist dann wenig bis nichts. Ihre Minister versuchten wortreich, die Konzeptionslosigkeit und den fehlenden politischen Willen zu kaschieren. Das Ergebnis war unter anderem der wirtschaftliche Knockout der jungen Solarindustrie in Deutschland und die Stärkung der Solarentwicklung in China. In der Flüchtlingskrise bewies Angela Merkel Menschlichkeit, die jedoch zunehmend überschattet wurde vom Eindruck des Staatsversagens bei der Bewältigung des massenhaften Zustroms.

Ein weiteres Beispiel ist die Schiefelage in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt. Sie wurde bereits 20 bis 30 Jahre zuvor durch fragwürdige Innovationen und Zielsetzungen gelegt. Das Fatale daran ist, dass man die Warnungen und Hilferufe der Basis ebenso lange ignoriert hat. Das gilt auch für die Maßnahmen gegen die Klimakatastrophe. Schon lange sind Fakten und Szenarien bekannt und wissenschaftlich untermauert, doch es wurde und wird gelehnt, verharmlost, gestritten.

Vertrauensverluste gibt es auch bei innerer Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit: Wie konnte sich die Clankriminalität über Jahrzehnte so ausbreiten, dass sie kaum mehr zu kontrollieren ist (rühmliche Ausnahme Herbert Reul in NRW)? Dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht,



Polizisten dringen im Rahmen einer groß angelegten Razzia gegen Clankriminalität in ein Haus ein. FOTO: DPA

weiß jeder. Wie fühlt und denkt jemand, der durch das Missmanagement seiner Unternehmensführung arbeitslos wird, Vorstand und Manager aber zu ihren hohen Gehältern noch mit Boni belohnt werden? Was für ein Signal setzen Menschen, die trotz ihres Reichtums den Staat um Milliarden Steuergelder betrügen? Was bedeuten ihnen Gemeinwohl und innerer sozialer Friede, von dem auch sie profitieren?

Wenn es jetzt und zukünftig darum geht, die vielen propagierten und beschlossenen Maßnahmen des Staates zu finanzieren, frage ich mich schon lange, wer das bezahlen soll. Bei aktuellen Problemlösungen wird kaum Rücksicht auf nachfolgende Generationen genommen. Die zu bewältigenden Krisen und Probleme sind so groß, dass mich der kleinliche und teilweise unfaire Streit der demokratischen Partei-

anwidert. Ich bin überzeugter Demokrat und bin froh, in diesem Land zu leben. Ich wünsche allen politischen Verantwortlichen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen, Mut, Energie, Ausdauer und Unterstützung.

Bernd Schmidt, Berg

Herr Matthiesen führt die hohen Umfragewerte der AfD auf den Streit in der Ampelkoalition zurück. Es gibt mehrere Gründe für die Sympathie mit dieser Partei, aber diese auf den Streit der Ampel zurückzuführen, ist nicht zutreffend. Der erste ist, dass rechtsradikales Gedankengut schon immer in unserer Gesellschaft fest verankert war und jetzt einfach wieder zum Vorschein kommt. Der zweite ist, dass im Wesentlichen CDU, FDP und Linke, aber auch andere Parteien, rechtsradikales Gedankengut selbst

verbreiten und hoffähig machen, in der irregeleiteten Hoffnung, wenn sie selbst nach rechts rücken, damit der Partei Wählerschaft wegnehmen zu können. Offensichtlich ist das Gegenteil der Fall. Der dritte Grund ist, dass die Medien – auch der GA – der AfD immer mehr Raum geben, in der irregeleiteten Hoffnung, man müsse mit dieser Partei diskutieren und ihre Ansichten teilen, dann würden die Menschen schon aufwachen. Offensichtlich ist auch hier das Gegenteil der Fall.

Wer heute die AfD wählt, ist kein Protestwähler, sondern entweder politisch ignorant und die rechts-extreme Gesinnung der AfD vollkommen egal oder unterstützt die rechtsextreme Gesinnung der AfD. Das Bild der Protestwählerin mag in der Anfangszeit gestimmt haben, heute ist es schlicht falsch.

Andreas Rodemann, Bad Honnef

## Die Signalwirkung der Initiative ist entscheidend

Gute Aussichten für Rheinbach: Eine Lesermeinung zum Beitrag „40 Euro für eine achtlos weggeworfene Kippe“ vom 21. Juni.

Mit großer Freude habe ich diesen GA-Artikel zur Kenntnis genommen. Darin wird eine Initiative der Stadt Rheinbach vorgestellt, um den Dauerproblembereichen Müll, Kippen, Lärm und Hundekot wirksamer als bisher zu begegnen.

Ich halte es für eine längst überfällige und zugleich intelligente Kampagne (Kombination aus Werbung und Sanktionen), um diesen offensichtlich weit verbreiteten, überaus lästigen und unsozialen Verhaltens-

weisen besser Herr zu werden. Es wäre sehr sinnvoll, diese Initiative nicht nur lokal begrenzt, sondern mit einer größeren Reichweite zu versehen. Es dürfte kein Zufall sein, dass Bonn als Negativbeispiel (Müllprobleme auf vielen Grünflächen) Erwähnung findet. Allein die täglich zahl- und sorglos weggeworfenen Zigarettenkippen verunreinigen nicht nur ein Gemeinschaftswesen, sondern tragen aufgrund deren schierer Menge auch signifikante Giftstoffe in den Boden. Und wer schon einmal in einen Hundehaufen getreten ist oder gerade noch zu verhindern wusste, dass seine Kinder hineintreten, wird sich wünschen, dass die

Hundehalter konsequent die Hinterlassenschaft ihrer Vierbeiner mitnehmen – und sich nicht dabei auf das Argument zurückziehen, keinen öffentlichen (gefüllten) Beutelspender vorgefunden zu haben.

Noch ist nicht absehbar, welchen Erfolg diese Initiative zeigen wird. Auch ist dem Verfasser klar, dass Täterinnen oder Täter in flagranti erwischt werden müssen, um sie belangen zu können.

Die Signalwirkung der Initiative ist aber entscheidend: Eine örtliche Verwaltung nimmt wahr – aber nicht weiter hin. Und spätestens sobald die ersten Geldbußen verhängt werden (vielleicht setzt der Pro-

zess des individuellen Nachdenkens und Umsteuerns auch früher ein), wird sich auch das herumsprechen und möglicherweise spätestens dann zu einer Verhaltensänderung führen.

Ich wünsche der Gemeinde Rheinbach von Herzen sichtbare Erfolge und wünsche mir darüber hinaus – hoffentlich im Sinne vieler Bürgerinnen und Bürger – eine Ausweitung dieser Kampagne. Diese täglichen und mutwilligen Verstöße gegen eigentlich selbstverständliche Verhaltensweisen sind zutiefst unverständlich und verstörend.

Jörg Triemer, Bonn

## Armutszeugnis für unsere politische (Un-)Kultur

Vielen Menschen liegt das Popelsdorfer Bad an der Trierer Straße am Herzen. Zum Beitrag „Melbbad bleibt länger dicht“ vom 15. Juni gibt es weitere Zuschriften.

Ich möchte meine große Besorgnis über die Entscheidung ausdrücken, das Melbbad noch für eine längere Zeit geschlossen zu halten. Als langjährige Bewohnerin Bonns und treue Besucherin des Melbbads bedaure ich zutiefst, dass wir diese wichtige Erholungs- und Freizeitmöglichkeit weiterhin entbehren müssen. Die lange Schließungszeit hat bereits zu Frustration und Unverständnis in der Bonner Bevölkerung geführt.

Die Maßnahmen zur Instandsetzung und Sanierung sollten mit höchster Priorität behandelt und in Angriff genommen werden. Es ist wichtig, dass angemessene Ressourcen bereitgestellt werden, um die Instandsetzung zu beschleunigen. So liegt die zweite Machbarkeitsstudie des Architekten Bergerhausen längst vor. Der Entwurf ist



Das Melbbad bleibt länger geschlossen als vorgesehen. FOTO: BENJAMIN WESTHOFF

ästhetisch sehr ansprechend und hat wirtschaftliche Vorteile.

Ich hoffe, dass die Entscheidungsträger die dringende Notwendigkeit einer zeitnahen Wiedereröffnung

des Melbbads erkennen und alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um dieses städtische Gut wieder für uns zugänglich zu machen.

Dagmar Bloche, Bonn

Beim gültigen Bürgerentscheid im Jahr 2020 votierten mehr als drei Viertel der Teilnehmer für eine Erhaltung des Melbbads „in seiner jetzigen Form ohne eine Wohnbebauung“.

Es ist ein schlechter Witz, dass heute nach fast drei Jahren eine Wiedereröffnung des geschlossenen Bads selbst in vier Jahren, also 2027, wenig wahrscheinlich erscheint.

Was sagt uns das über Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie? Zwischen Ideal und Wirklichkeit tut sich eine kaum überbrückbare Kluft auf. Das Schicksal des beliebten Melbbads ist ein anschauliches Armutszeugnis für unsere politische (Un-)Kultur, die bei vielen Bürgern Wut und Resignation hervorruft. Der Spruch „Da kann man eh nix machen“ ist weit verbreitet und scheint sich leider immer wieder zu bewahrheiten.

Ich habe ihn seinerzeit oft gehört, als es um den Protest gegen die massive Bebauung des Bahnhofsvorplatzes ging.

Prof. Heinz Schott, Bonn

## Mehr städtische Kontrolle über Kunst

Ein Leser befasst sich mit der aktuellen Debatte über Kunstwerke im öffentlichen Raum, zu der es zahlreiche unterschiedliche Meinungen gibt.

Bedauerlich am Umgang mit dem Kunstwerk von Tony Cragg ist nicht so sehr, dass Tauben es beschmutzen: Viel schlimmer sind aus meiner Sicht die nahezu ständigen optischen Belästigungen durch Karussells, Verkaufsstände und ähnliche Objekte, die es nahezu unsichtbar machen – weil es am falschen Platz steht. Das schadet dem Ruf des Künstlers weit mehr als Taubendreck.

Und ob den Platz nun der Künstler oder auch der Eigentümer, der auch über das nahe gelegene Kaufhaus gebietet, oder der Verein für Kunst und Kultur ausgewählt hat, macht keinen Unterschied – er ist nicht geeignet.

Jedenfalls hat die Stadt, wenn man Walter Smerlings Idee eines „walks of modern art“ ernst nimmt, bisher ernsthaft nicht mitzureden gehabt; was „modern art“ repräsentiert, also Künstler (bisher keine Künstlerinnen) und Werke und die Plätze bestimmten und bestimmen er und die Eigentümer; bei den Plätzen konnten eventuell die Künstler mitreden. Den städtischen Gremien blieb und bleibt nur, zuzustimmen, vor allem deshalb, weil es ja „nichts kostet“. Die Stadt Bonn hat immerhin vergleichsweise harte Bedingungen gestellt und jede Verantwortung für die Werke auf den Verein abgeladen, das allerdings ungewöhnlich in Kooperationen mit privaten Leihgebern.

Dem Stadtdechanten einer höchst autoritär geführten und mit anderen Problemen eigentlich ausgelasteten Kirche erscheint das ganz recht. Dass ausgerechnet Dr. Wolfgang Picken deshalb demokratische Prozesse kritisiert, verwundert nicht. Ihm hat ja der Verein mit seinen Künstlern eine schöne Eröffnungsausstellung in seiner Kirche eingerichtet.

Es ist höchste Zeit, dass die Stadt Ernst macht mit ihrem Plan, die Kontrolle über die Kunst im öffentlichen Raum zurückzugewinnen und demokratisch zu entscheiden, wer sich an welcher Stelle als Künstlerin oder Künstler für welchen Zeitraum verwirklichen darf, um der bedingungslosen Privatisierung ein Ende zu setzen.

Der Ablauf der ersten Leihverträge ermöglicht einen produktiven Neuanfang, gern auch in weiterer Kooperation mit dem Verein, aber ohne Exklusivität. Die Gestaltungsmacht, die die städtischen Gremien bei der Umsetzung ihrer Verkehrspläne einsetzt, sollte sie endlich auch bei der Festlegung der Rahmenbedingungen für Kunst im öffentlichen Raum beanspruchen; die Strukturen bestehen ja bereits, wie die Kulturdezernentin bestätigt – sie müssen nur genutzt werden.

Prof. Dr. Gerhard Pfennig, Bonn

## Zecken und Ameisen stechen gar nicht

Anmerkungen zu „Zeckenstich? Keine Panik!“ im Journal vom 24. Juni und „Feuerameisen auf dem Vormarsch“ vom 27. Juni.

In den Beiträgen wird leider wiederholt Unwissen über Zecken und Feuerameisen verbreitet, oder die Autoren sitzen wesentlichen Irrtümern oder Verwechslungen auf, wie dies im Alltag bei Zeugenaussagen häufiger vorkommt: aus Tag wird Nacht, rechts ist plötzlich links.

Im Blick auf beide Tierarten wird offenbar hinten mit vorn verwechselt: Üblicherweise wird von hinten gestochen (bei Bienen, Wespen, Mücken) oder von vorn gebissen (bei Hunden, Katzen, gelegentlich auch bei Menschen – und eben bei Zecken und Ameisen). Selbst wenn sie wollten: Zecken und Ameisen könnten gar nicht stechen, weil sie hinten keine entsprechende Vorrichtung haben.

Achim Schickenberg, Euskirchen